



# Österreichischer Städtebund

Rathaus  
1082 Wien  
Telefon 42 801

Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Gleichbehandlungs-  
gesetz geändert wird

Wien, am 29. November 1989  
Bucek/Fr  
Klappe 2236  
025.2/962/89

An die  
Parlamentsdirektion

Parlament  
1017 Wien

GESETZENTWURF	
7	82 - Ge 989
Datum: 30. NOV. 1989	
Verteilt 4. NOV. 1989	

*St. Hayek*

Unter Bezugnahme auf den mit Note vom 10. Oktober 1989, Zahl 30.800/97-V/3/1989 vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gleichbehandlungsgesetz geändert wird, gestattet sich der Österreichische Städtebund, anbei 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu übersenden.

Beilagen

*Dr. Erich Pramböck*  
(Dkfm. Dr. Erich Pramböck)  
Generalsekretär



# Österreichischer Städtebund

Rathaus  
1082 Wien  
Telefon 42 801

Entwurf eines Bundes-  
gesetzes, mit dem das  
Gleichbehandlungsgesetz  
geändert wird

Wien, am 29. November 1989  
Bucek/Fr  
Klappe 2236  
025.2/962/89

An das  
Bundesministerium  
für Arbeit und Soziales

Stubenring 1  
1010 Wien

Zu dem mit Note vom 10. Oktober 1989, Zahl 30.800/97-V/  
3/1989, übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem  
das Gleichbehandlungsgesetz geändert wird, beehrt sich der  
Österreichische Städtebund mitzuteilen, daß dagegen keine  
Einwendungen grundsätzlicher Art bestehen.

Bemerkt wird lediglich, daß die in Z. 2 bis § 2a Abs. 1 vor-  
gesehene Ersatzpflicht des Arbeitgebers nach ha. Auffassung  
zu wenig determiniert erscheint. Beispielsweise könnte als  
Maßstab für die Ersatzpflicht des Arbeitgebers das kollektiv-  
vertraglich festgelegte Entgelt vorgesehen werden.

Zu Z. 16 wird hinsichtlich des § 10a darauf hingewiesen, daß  
die Befugnisse der Gleichbehandlungskommission - ähnlich wie  
im Arbeitsinspektionsgesetz - noch dadurch erweitert werden  
könnten, daß ihr ein Stellungnahmerecht bzw. ein Berufungs-  
recht in dem Verfahren, in welchem sie eine Anzeige ein-  
brachte, eingeräumt wird.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden gleichzeitig  
der Parlamentsdirektion übermittelt.

(Dkfm. Dr. Erich Pramböck)  
Generalsekretär